



Bericht über den den Landesjugendtag der DSTG Baden-Württemberg

Alle fünf Jahre findet in Baden-Württemberg ein Landesjugendtag statt. Auf Bezirksebene findet in Baden und in Württemberg alle fünf Jahre ein Bezirksjugendtag statt.

Der 14. Landesjugendtag wurde am 15. und 16. Oktober 2013 in Leonberg durchgeführt. Die Bezirksjugendtage in Baden und in Württemberg dauerten jeweils nur ca. 2 ½ Stunden und waren deshalb in den Landesjugendtag eingebettet.

Hauptaufgabe der Jugendtage war es, die inhaltliche Ausrichtung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in den kommenden fünf Jahren festzulegen und zu bestimmen. Auch wurde auf fünf Jahre eine neue Bezirks- sowie Landesjugendleitung gewählt.

Daneben gab es eine Öffentlichkeitsveranstaltung. Ziel war es, Fehlentwicklungen in unserer Verwaltung klar anzusprechen und gezielte Denkanstöße zu geben.

Das Motto lautete deshalb: „Hauptsache vorwärts! - ist die Richtung egal?“

Das wurde beim Landesjugendtag 2008 u.a. erreicht:

Schwerpunktthema damals waren die unerträglich langen Beförderungszeiten aus den Einstiegsämtern und der Wegfall des „z.A.“.

Nicht zuletzt dem Landesjugendtag 2008 ist es zu verdanken, dass das Thema der Anstellung heute vielen Jugendlichen schon gar kein Begriff mehr ist (zur Erinnerung: wer damals nach der Ausbildung beim Finanzamt angefangen hat, erhielt teilweise jahrelang keine Beurteilung und konnte in dieser Zeit auch nicht befördert werden).

Auch die erste Beförderung kommt heute wesentlich schneller.

Anträge Landesjugendtag 2013

Damit die neue Landes- und Bezirksjugendleitung auch weiß, was sie die nächsten Jahre alles bearbeiten soll, wurde über diverse Anträge abgestimmt. So wird seitens der DSTG-Jugend unter anderem folgendes gefordert:

- Kürzung der Eingangsbesoldung um 4% soll wieder abgeschafft werden
- Eingangsamt A 8 im mittleren Dienst und A 11 im gehobenen Dienst
- keine Kürzung der Reisekosten um 50% bei Auszubildenden
- geringere Hürden für den prüfungsgebundenen Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst
- Versetzungen nach der Ausbildung sollten möglichst nicht weiter als an umliegende Nachbarämter des Ausbildungsfinanzamts erfolgen

Öffentlichkeitsveranstaltung

Der Höhepunkt des Landesjugendtages war eine öffentliche Podiumsdiskussion am Nachmittag des ersten Tages. Damit nicht alle (wie manchmal beim Fernsehen in Talkshows) durcheinander reden, wurde ein Moderator gebraucht. Diese Aufgabe hatte Andreas Hey (Fachreferent gehobener Dienst) übernommen.



Aus der Politik konnten die Abgeordneten MdL Klaus Herrmann (CDU), MdL Muhtem Aras (Grüne) sowie MdL Klaus Maier (SPD) begrüßt werden. Diese sind jeweils finanzpolitische Sprecher ihrer Partei. Sie diskutierten mit unserem Landesvorsitzenden Klaus Becht über Fragen, die derzeit die DSTG sowie die DSTG-Jugend beschäftigen. Auch aus dem Publikum konnten Fragen gestellt werden.



Zur Öffentlichkeitsveranstaltung kamen auch mehrere Vorsteher, Vertreter der OFD Karlsruhe und der HVF Ludwigsburg, Kollegen aus dem BPR und HPR, der Bundesvorsitzende der DSTG Jugend sowie Mitglieder des Landesvorstands der DSTG.

Finanzverwaltung hat Nachholbedarf

Erstaunlich war, dass alle drei Landtagsabgeordneten die Auffassung der DSTG teilen, dass Verbesserungen in der Finanzverwaltung vorgenommen werden müssen. Das Problem: Nur wenige Abgeordnete des Landtages interessieren sich vorrangig für die Situation der Finanzämter. Da wir außer der DSTG (und dem BBW) keine andere nennenswerte Lobby haben, haben es die drei Politiker äußerst schwer, ihre Fraktionskollegen für unsere Anliegen zu begeistern.

Herr Herrmann verwies darauf, dass die CDU-Fraktion in jeder Legislaturperiode gegenüber dem Entwurf des Ministeriums zusätzliche Stellenhebungen in den Finanzämtern durchgesetzt habe. Er betonte auch, dass Polizisten und Lehrer besser besoldet sind wie Finanzbeamte und die Stellen in den Finanzämtern schlecht durchgeschlüsselt sind. Deshalb sei auch der Personalentwicklungsplan der Regierung wenig sinnvoll, da dieser sich allgemein auf alle Bereiche des Beamtentums beziehe. Notwendig seien jedoch gezielte

Verbesserungen für die Finanzverwaltung. Er gab auch zu, dass früher viel schief gelaufen sei, dass dies aber erkannt wurde, weshalb in der letzten Legislaturperiode auch 1.500 Beförderungen erfolgten.

Auch Herr Maier von der SPD vertrat die Auffassung, dass die Beförderungsmöglichkeiten im Finanzamt nicht besonders gut sind. Aktuell habe die SPD-Fraktion ein 5-Punkte-Papier erstellt, in dem Verbesserungen für Beamte erreicht werden sollen. Auch die Gewerkschaften sollen mit einbezogen werden.

Dieses Papier ist aber noch nicht mit den Grünen abgestimmt. Herr Maier teilte ebenfalls die Auffassung, dass die EDV-Ausstattung schlecht ist. Da die Landesgebäude, darunter auch Finanzämter, teilweise in schlechtem Zustand seien bzw. waren, sei ein Gebäudesanierungsprogramm aufgelegt worden.

Auch Frau Aras von den Grünen vertrat die Auffassung, dass Finanzbeamte zu schlecht bezahlt sind. Sie machte auch den Vorschlag, dass evtl. geprüft werden sollte, ob für Finanzbeamte eine spezielle Zulage (so wie z.B. die Polizisten eine Polizeizulage haben) eingeführt werden sollte, um den Beruf in den Finanzämtern attraktiver zu machen. Sie bestätigte auch, dass sich im Zuge der politisch gewollten Aufstockung der Betriebsprüfung mehr Arbeit im Innendienst ergibt.

Attraktivität der Steuerverwaltung

Auf die Frage, was die Abgeordneten ihren Kindern sagen würde, warum diese den Beruf des Finanzbeamten ergreifen sollte, gab es erstaunliche Antworten. Frau Aras nannte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Möglichkeit der Arbeit in Teilzeit. Herr Herrmann war der

Ansicht es sei von Vorteil, dass man wegen der stetigen Gesetzesänderungen geistig beweglich bleibe. Herr Maier meinte, dass man eine durchgehende Erwerbsbiografie habe und man direkt nach der Ausbildung so viel verdiene, dass dies zum Leben ausreiche. Er verwies dabei auf seine zwei Kinder, die er immer noch finanziell unterstützen müsse (wenig Verdienst bei Praktika bzw. als Schneiderin).

Klaus Becht brachte in die Diskussion u.a. ein, dass 60% der Beschäftigten im gehobenen Dienst nie A 12 erreichen. Er teilte in diesem Zusammenhang mit, dass die DSTG akzeptiert, dass Lehrer bereits von Anfang an höher einsteigen, weil diese ihr Studium selber finanzieren müssen. Er betonte aber auch dass es aber nicht sein kann, dass es bei uns unerträglich lange Beroderungswartezeiten gibt (z.B. bis vor kurzem von A 6 nach A 7 10 bis 12 Jahre).

Klaus Becht teilte weiterhin mit, dass wir die einzige Verwaltung ohne Spitzenamt A 13-Z sind.

Auch ein Vorsteher meldete sich zu Wort und machte den Politikern deutlich, dass sowohl die Anzahl der Bewerber als auch die Qualität der Bewerber stetig weniger bzw. schlechter werde und deshalb zwingend die Attraktivität der Steuerverwaltung verbessert werden muss.

Arbeit zu den Menschen

Heiß diskutiert wurde die Thematik, wie Arbeit zu den Menschen gebracht werden kann anstatt Personal immer an Finanzämter zu versetzen, wo viel Arbeit da ist, aber niemand, der dort hin möchte.

Auch die Versetzungsproblematik nach der Ausbildung wurde den Abgeordneten verdeutlicht. Hier sprach insbesondere Gerd Huber (Mitglied BPR) die derzeitige Situation an.

Insbesondere Frau Aras, die als Steuerberaterin eine eigenständige Steuerberatungskanzlei (mit kleinen und mittleren Unternehmen als Mandanten) betreibt, setzt sich mit der Problematik Arbeit zu den Menschen intensiv auseinander. Auch die mangelnden Möglichkeiten bei HomeOffices sprach sie an. Sie berichtete außerdem, dass der Datenschutz immer



wieder als Vorwand genommen wird, warum etwas in der Finanzverwaltung nicht geht und teilte mit, dass sie sich persönlich dafür einsetzen möchte, dass diese Vorwände ausgeräumt werden.

Neue Stellen?

Herr Maier teilte mit, dass vielleicht über den Koalitionsvertrag hinaus (dort wurde die Schaffung von 500 neuen Stellen vereinbart) weitere Stellen geschaffen werden könnten.

Auch Frau Aras war diesem Vorschlag nicht abgeneigt und meinte, dass es zusätzlich zu den 500 Stellen vielleicht noch mehr werden könnten. Ob in dieser Legislaturperiode oder erst in der nächsten gehen aber beide keine Antwort.

Frau Aras teilte unterdessen mit, dass die KFZ-Stellen (sie sprach von 180 Stellen) bestehen bleiben sollen um den Innendienst zu verstärken. Sie betonte, dass hier auch Weiterbildungen notwendig sind.

Statistikdruck

Den Politikern konnte auch deutlich gemacht werden, dass Aufzeichnungen zu Statistikzwecken oft eine große Arbeitsbelastung sind. Die Abgeordneten haben deshalb darum gebeten, ihnen überflüssige Statistiken zu melden.

Bezirksjugendleitung Württemberg

Als Bezirksjugendleiter wurde Markus Salzinger wiedergewählt. Zu den Stellvertretern wurden Anja Salzinger, Mario Renner und Katrin Schaaps gewählt. Evelina Buss wurde von der Bezirksjugendleitung kooptiert.



Landesjugendleitung Baden-Württemberg.

Steffen Wohlleb (auf dem folgenden Bild zusammen mit dem Bundesvorsitzenden der DSTG-Jugend Christian Haefs) kandi-

dierte aus Altersgründen nicht mehr für das Amt des Landesjugendleiters.



Zur neuen Landesjugendleiterin wurde Katja Wolanskyj gewählt. Neue Geschäftsführerin ist Stefanie Vogel, die übrigens auch stv. Bundesvorsitzende der DSTG-Jugend ist. Als Stellvertreterinnen in der Landesjugend wurden Isabell Klein, Franziska Angstenberger und Irene Triller gewählt. Regine Schäfer wurde von der Landesjugendleistung kooptiert.



Markus Salzinger und Daniel Quizinski sind als Bezirksjugendleiter der Bezirke Württemberg und Baden kraft Satzung ebenfalls Mitglieder der Landesjugendleitung.



Ausbildung an der HVF Ludwigsburg

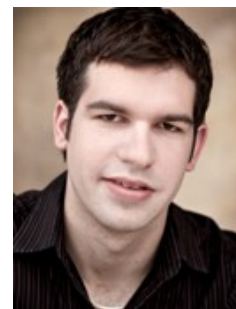
In 2009 gab es 2.057 Bewerber für die Laufbahn des g. D. In 2010 wurden dann 249 Finanzanwärter eingestellt. Davon sind während der Ausbildung 27 (=10,8%) abgesprungen, so dass 222 im Jahre 2013 in die Prüfung gegangen sind. Davon haben 193 die Prüfung bestanden (Durchfall-

quote 13%). Für durchgefallene Prüflinge gibt es einen Crashkurs, an dessen Ende erneut die Prüfung abgelegt werden kann. Erfahrungsgemäß besteht die Hälfte der Crashkursteilnehmer dann die Prüfung, so dass die endgültige Durchfallquote bei ca. 7% liegt.

In 2012 begannen über 100 Anwärter mehr als 2011. Zum 1.10.2013 haben 364 Anwärter ihr Studium begonnen.

Um die hohen Altersabgänge in den kommenden Jahren zu kompensieren, muss die Zahl der Auszubildenden und Studenten in den nächsten Jahren aber noch deutlich steigen, da auch eine nicht unerhebliche Zahl der Prüfungsabsolventen zu Steuerberatern wechselt (im vergangenen Jahr z.B. 11 der 17 besten Prüfungsabsolventen). Laut der Rektorin der HVF Ludwigsburg, Frau Dr. Stöckle, ist es mit einem Jahr Vorlaufzeit möglich, 500 Studenten pro Jahrgang für die Steuerverwaltung auszubilden. Sowohl die mögliche Zahl von 500 Studenten als auch die Abwanderungsproblematik zu Steuerberatern hat Klaus Becht übrigens auch den Abgeordneten bei der Podiumsdiskussion mitgeteilt.

Der Gruppenteiler liegt derzeit bei ca. 30 Personen. Da auch bei den Studenten der Kommunalverwaltung und der Rentenversicherung die Studentenzahlen steigen ist es nicht ausgeschlossen, dass Teile der Hochschule an eine Außenstelle (oder bei Bereitstellung von finanziellen Mitteln in einen angrenzenden Neubau) ausgegliedert werden müssen.



Bericht von Thomas Braig
Jugendvertreter DSTG OV Ehingen
Beauftragter Internetseite DSTG Baden-Württemberg und DSTG Württemberg

23.10.2013